

Einwohnerrat

Sitzungsprotokoll vom 18. Mai 2017

Vorsitz:	Marianne Tribaldos, Einwohnerratspräsidentin
Anwesende Mitglieder:	36 Mitglieder des Einwohnerrats 5 Mitglieder des Stadtrats
Auskunftspersonen:	Keine
Protokollführung:	Stefan Wiedemeier, Vizestadtschreiber
Entschuldigt:	Murat Balci Remo Keller François Kuhlen Jasmin Alvarez Arriaga
Zeit:	19.30 Uhr bis 21.00 Uhr
Ort:	Aula des Schulhauses Lenzhard

Traktanden

- 1 Mitteilungen
- 2 Inpflichtnahme von Thomas Schär anstelle von Nora Schaub (SP)
- 3 Beschlussfassung über Zusicherung des Gemeindebürgerrechts
- 4 Sanierung Kanalisation im Teilgebiet C (Aabach), Kontrollschacht KS 50007 bis Kontrollschacht KS 60115; Verpflichtungskredit zu Lasten Abwasserrechnung
- 5 Postulat zu einer EPS-Sammelstelle; Bericht des Stadtrats
- 6 Neubau Brücke Aabachpark (Dammweg); Kreditabrechnung
- 7 Sanierung Sophie Hämmerli-Strasse; Kreditabrechnung
- 8 Beantwortung der schriftlichen Anfrage der FDP-Fraktion und der SVP-Fraktion "Sicherung und Weiterentwicklung des Berufsschulstandorts Lenzburg" vom 14. März 2017
- 9 Beantwortung der schriftlichen Anfrage der SVP/BDP-Fraktion "Vision Wasser 2035"
- 10 Umfrage

V e r h a n d l u n g e n :

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Sehr geehrte Damen und Herren des Einwohnerrats und des Stadtrats, hiermit begrüsse ich Sie herzlich zur 18. Sitzung des Einwohnerrats der laufenden Legislatur.

Ich wünsche Ihnen allen einen interessanten Abend. Wir sind ja wieder in der schönen, neuen Aula des Schulhauses Lenzhard. Ich habe auch wieder einige interessante Daten für Sie gefunden, von heute, gestern und morgen aus den vergangenen 5'000 Jahren. Ich habe mir aber gedacht, da der Mai ein so schöner Monat ist, will ich Ihnen den Abend nicht durch Unangenehmes verderben. Deshalb heute nur Unpolitisches:

- 1873 Der Stoffhändler Levi Strauss lässt die Jeans patentieren.
- 1875 In der internationalen Meterkonvention einigen sich 17 Staaten auf vereinheitlichte Masse und Gewichte.
- 1906 Einweihung des Simplontunnels in Brig
- 1927 Charles Lindbergh startet zur ersten Atlantiküberquerung mit dem Flugzeug.

Und nun will ich Sie nicht länger langweilen und beginne mit der Sitzung.

Hiermit begrüsse ich Sie nochmals herzlich zur 18. Sitzung. Ebenfalls einen herzlichen Gruss und Dank für die Arbeit an unser Ratsbüro. Einen besonderen Gruss und Dank an Stefan Wiedemeier, mit dem sich die Zusammenarbeit immer wieder sehr erfreulich gestaltet. Als Ratsweibel begrüsse ich Marcel Wattinger, der zum Glück wieder gesund ist. Auch heisse ich die Damen und die Herren von der Presse willkommen: Ruth Steiner und Pascal Meier von der Aargauer Zeitung sowie Alfred Gassmann vom Lenzburger Bezirks-Anzeiger. Ein weiterer herzlicher Gruss geht an unsere Gäste.

Die Traktandenliste und die Unterlagen sind Ihnen rechtzeitig zugestellt worden. Ich stelle fest, dass der Rat beschlussfähig ist. Die Sitzung ist somit eröffnet.

1 Mitteilungen

1. Protokoll

Das Protokoll der Sitzung vom 16. März 2017 ist noch in Bearbeitung.

2. Rechtskraft von Beschlüssen

Die Einwohnerratsbeschlüsse vom 16. März 2017 sind, soweit sie dem fakultativen Referendum unterlagen, am 24. April 2017 in Rechtskraft erwachsen.

3. Neueingänge

Vor mir liegen ein Postulat der GLP betreffend Abbruch der Liegenschaft Bahnhofstrasse 22 sowie die Motion für mehr Sicherheit auf den Kantonsstrassen zwischen Aabachbrücke und Kindergarten Widmi.

Postulat/ Einwohnerratssitzung vom 18.05.2017

Einhaltung Ensembleschutz in der BNO - Abbruch/Neubau Bahnhofstrasse 22, Lenzburg

Thema	<i>Einhaltung Ensembleschutz in der BNO - Abbruch/Neubau Bahnhofstrasse 22, Lenzburg</i>
Rückfragen	<i>Martin Geissmann, mgeissmann@yahoo.de, 078 658 42 66</i>
Absender	<i>Grünliberale Partei Stadt Lenzburg</i>
Datum	<i>17.05.2017</i>

Die glp Fraktion bringt ein Postulat ein betreffend einem Bauprojekt, das Fragezeichen zur gesetzlichen Rechtmässigkeit aufwirft und Teile der Bevölkerung nach wie vor sehr interessiert und beschäftigt - der geplante Neubau/Ersatzbau an der Bahnhofstrasse 22/Villa Fischer.

Ausgangslage

Aktuell läuft das Baugesuchsverfahren für den Neubau an der Bahnhofstrasse 22 anstelle des Parks und der Villa Fischer. Diese Villa ist nicht im Inventar der kommunal schutzwürdigen Gebäude der Stadt Lenzburg aufgeführt, aber unterliegt gemäss Paragraph 28 der geltenden BNO explizit der Ensembleschutzzone "Villenzeile Angelrainstrasse (6,4,2) - Bahnhofstrasse (22, 17)". Die BNO erläutert in diesem Paragraphen, dass der Gebietscharakter durch Pflege der bestehenden Gebäude- und Grünstruktur zu bewahren sei. An bestehende Struktur angepasste Umbauten und Ersatzbauten wären zwar möglich, doch der geplante viermal grössere Neubau würde dieser Vorgabe nicht gerecht. Die Erteilung einer Baubewilligung würde demnach gegen die gültige BNO verstossen. Die Rechtslage dazu ist eindeutig. Der vor wenigen Jahren erstellte Grünpark würde überdies wieder verschwinden.

Zudem kommt die Tatsache, dass die Bahnhofstrasse - auch gemäss RES Ausrichtung - eine Aufwertung als wichtige und erlebbare Achse zwischen Bahnhof und Altstadt erfahren muss und nicht zusätzlich eingepfercht werden soll. Zumindest darf der Entscheid darüber, was unter «Aufwertung» zu verstehen ist, nicht durch ein Präjudiz dem ordentlichen politischen Entscheidungsprozess vorenthalten werden. Eine Änderung zu diesem Ensembleschutzbereich kann natürlich diskutiert werden, wäre jedoch nur durch eine Revision der BNO möglich, welche Sache des Einwohnerrates ist.

Wie stellt sich der Stadtrat zu der Tatsache, dass bei einer Bewilligung dieses Projektes in der aktuellen Form gegen geltendes Recht, gegen die BNO verstossen würde?

Begehren

Der Stadtrat soll sicherstellen, dass die geltende BNO im Baugenehmigungsprozess eingehalten wird; speziell im erwähnten Bauprojekt.

Der Stadtrat soll sicherstellen, dass für die geplante Aufwertung der Bahnhofstrasse (RES) die ordentlichen politischen Mitwirkungsverfahren und Entscheidungsprozesse eingehalten werden und vorgängig keine Präjudiz-Entscheidungen getroffen werden, welche die Gestaltung einschränken.

glp Lenzburg Fraktion & Mitunterzeichner

Martin Geissmann, Lukas Häusler, Beat Hiller, Adrian Höhn, Prof. Martin Killias, Franck Robin, Chantal Toker, Stefan Zantop

Motion für mehr Sicherheit auf den Kantonsstrassen zwischen Aabachbrücke und Kindergarten Widmi

(Aavorstadt/Burghaldenstrasse/Ammerswilerstrasse)



Ausgangslage und Situation:

Bei den Kantonsstrassen zwischen Aabachbrücke und Kindergarten Widmi handelt es sich um Wohnstrassen, belebt durch Restaurants und Läden. Die Aavorstadt zählt zum Kern der Altstadt.

Durch die Siedlungsentwicklung Widmi und Seetal sowie den steigenden Schleichverkehr hat der Individualverkehr auf dem besagten Strassenabschnitt stark zugenommen.

Aufgrund der Dichte des Verkehrs, bei nach wie vor gültigem Tempo 50, stieg und steigt das Risiko für die Verkehrsteilnehmenden - insbesondere für den Langsamverkehr.

Zudem weisen die Abschnitte punktuelle Mängel auf:

- *Die Bewohner/innen des Alterszentrums Obere Mühle überqueren die Aavorstadt auf Höhe Bäckerei Haller, um in die Altstadt zu gelangen. Diese häufig genutzte Querung ist gerade für ältere Menschen oder jene mit einer körperlichen Beeinträchtigung wegen des dichten und zu schnellen Verkehrs gefährlich.*
- *Kindergartenkinder gelangen über die Ammerswilerstrasse zum Kindergarten Widmi. Gemäss Augenzeugenberichten wird der Fussgängerstreifen regelmässig von Autolenkern übersehen. Steht ein Bus an der Haltestelle, ist die Sicht auf den Fussgängerstreifen verdeckt, Tempo 50 sowie dieser tote Winkel sind eine Falle für den Langsamverkehr.*
- *Die Burghaldenstrasse verfügt nordseitig anstelle eines Trottoirs nur über eine Pflasterung ohne Niveau-Unterschied zur Strasse.*
- *Die Trottoirs werden regelmässig durch parkierte Fahrzeuge blockiert.*
- *Viele Einmündungen machen den besagten Strassenabschnitt unübersichtlich.*
- *Der Knoten Sternenplatz ist unübersichtlich. Der Fussgängerstreifen liegt für den bergwärts (Richtung Osten) fahrenden Autolenker verdeckt.*
- *Der Knoten beim Hotel Ochsen ist mit den drei Zufahrtsstrassen gefährlich und mit geltendem Rechtsvortritt verwirrend.*

In den nächsten 20 Jahren wird der Verkehr auf diesen Strassenabschnitten nochmals mit geschätzten 1'400 Fahrzeugen pro Tag zulegen.

Fazit:

Die Kantonsstrassen zwischen Aabachbrücke und Kindergarten Widmi sind durch die Zunahme der Verkehrsdichte bei nach wie vor gültigem Tempo 50 sowie den erwähnten punktuellen Mängeln unübersichtlich und gefährlich geworden - für alle Verkehrsteilnehmenden.

Diese Strassenabschnitte sind nicht auf die Siedlungsentwicklung abgestimmt und haben nur eine geringe Aufenthaltsqualität.

Die am 8. Mai 2017 eingereichte Petition «Glückler» zeigt: 645 Personen fordern auf dem besagten Abschnitt mehr Sicherheit!

Forderung der Motion:

Wir fordern mehr Sicherheit auf den Kantonsstrassen zwischen Aabachbrücke und Kindergarten Widmi.

Darum soll sich der Stadtrat beim Kanton einsetzen, dass das Tempo auf den Strassen Aavorstadt/Burghaldenstrasse/Ammerswilerstrasse bis Kindergarten Widmi reduziert wird.

Trotz Temporeduktion sollen die Fussgängerstreifen bestehen bleiben (Gewährung Schulwegsicherheit).

Zu den aufgeführten punktuellen Mängeln fordern wir Verbesserungsmaßnahmen.

SP-Fraktion und mitunterzeichnende Ratsmitglieder:

Ingo Boltshauser Bolliger, Ilkay Ergeneli, Daniel Frey, Martin Geissmann, Lukas Häusler, Beat Hiller, Adrian Höhn, Remo Keller, Prof. Martin Killias, Linda Kleiner, Franck Robin, Thomas Schär, Marcel Spörri, Beatrice Taubert, Chantal Toker, Stefan Zantop

4. Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung muss ich entschuldigen:

Murat Balci Da er sich als Revisor bei Pro Juventute engagiert, muss er an der heutigen Generalversammlung teilnehmen.

Remo Keller ist aus beruflichen Gründen ortsabwesend, nämlich in London.

François Kuhlen befindet sich auf einer Trekkingtour in Peru. Wir wünschen ihm viel Spass und eine gesunde Heimkehr.

Jasmin Alvarez Arriaga ist leider krankheitshalber abwesend.

2 Inpflichtnahme von Thomas Schär anstelle von Nora Schaub (SP)

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Für die Inpflichtnahme bitte ich Thomas Schär vor den Rat zu treten. Vizestadtschreiber Stefan Wiedemeier wird die Eidesformel vorlesen. Den Rat bitte ich, sich für den Akt zu erheben.

Vizestadtschreiber Stefan Wiedemeier verliest hierauf die in § 3 des Geschäftsreglements festgehaltene Gelöbnisformel: "Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrats das Wohl der Gemeinde Lenzburg zu fördern und gemäss Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln". Mit den Worten "Ich gelobe es" leistet hierauf Thomas Schär sein Gelübde. (Applaus)

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Herzlich willkommen im Einwohnerrat, Thomas Schär. Ich wünsche Ihnen viel Freude an der Arbeit und auch, dass Ihre Zeit im Rat zu einem Baustein werden möge, sowohl was Ihr eigenes Leben betrifft, als auch für die Geschichte des Rats.

3 Beschlussfassung über Zusicherung des Gemeindebürgerrechts

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Wir entscheiden heute über mehrere Einbürgerungsgesuche. Ich bitte die anwesenden Personen kurz aufzustehen, wenn ich ihre Namen aufrufe...

Daniel Blaser (CVP), Sprecher der Einbürgerungskommission: Für das Einbürgerungsgespräch am 28. Februar 2017 haben die Kommissionsmitglieder im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten sämtliche Bewerbungsdossiers auf

Herz und Nieren geprüft. Jedes Kommissionsmitglied erhält jeweils eine Bewerberin oder einen Bewerber zugeteilt und sucht anhand des Dossiers gezielt und individuell angepasste Fragen, bei denen man das Gefühl hat, da muss noch auf den Zahn gefühlt werden. Genau diese Arbeit ist in meinen Augen für die Kommissionsmitglieder sehr wichtig. Ich denke, damit können oft einige Zweifel und Bedenken beseitigt oder allenfalls bestätigt werden.

Ich möchte kurz ein Beispiel nennen: Bei einer Familie mit Kind, bei der der Vater erwerbstätig ist und die Mutter den Haushalt alleine managet, stellen wir dem Vater gerne ein paar Fragen betreffend Haushalt oder wie unser Schulsystem funktioniert; was wir in Lenzburg für Schulhäuser haben und welche Vereine in Lenzburg bestehen. Diese Fragen geben uns einen kleinen Einblick in die Integration des Vaters. Leider gibt es ab und zu immer noch Bewerber, bei denen sich ein Elternteil nicht um solche Dinge kümmert und keine Ahnung hat, in welches Schulhaus sein Kind geht. In diesen Einbürgerungsgesprächen kommt oft auch Persönliches zum Vorschein. Manchmal sind wir von gewissen Situationen, die die Bewerber schildern, erstaunt und gleichzeitig sehr beeindruckt. Es gibt Bewerber, die in ihrem Land jahrelang studiert und dieses Studium auch erfolgreich abgeschlossen haben; Hier in der Schweiz jedoch müssen sie oft nochmals von vorne beginnen, weil ihre Ausbildung nicht anerkannt wird. Einen langen, mühsamen und anstrengenden Weg nehmen Bewerber zum Teil ein zweites Mal auf sich, um in der Schweiz den erlernten oder studierten Beruf auszuüben. Genau dies ist ein Teil der Integration.

Ich freue mich, dass die Einbürgerungskommission wieder einmal alle Bewerber, die am Gespräch im Februar teilnahmen, dem Einwohnerrat für das Gemeindebürgerrecht vorschlagen kann. Wir wünschen allen Bewerbern alles Gute und viel Erfolg auf dem weiteren Weg. Ich hoffe, dass sie sich auch an Abstimmungen beteiligen und ihren Teil zum Wohl der Lenzburger Bevölkerung beitragen. Danke.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Daniel Blaser. Die Diskussion ist offen. Wünscht jemand das Wort? Wenn die Diskussion nicht gewünscht wird, komme ich zu den Abstimmungsfragen.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos erläutert das weitere Vorgehen.

Abstimmungen

Grossmehrheitlich beschliesst der Einwohnerrat, über die Einbürgerungsgesuche in globo und geheim abzustimmen.

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Gemeinderats vom 5. April 2017 wird in geheimer Abstimmung sämtlichen Gesuchstellenden das Gemeindebürgerrecht von Lenzburg zugesichert.

Diese Beschlüsse unterliegen nicht dem fakultativen Referendum.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Der Einwohnerrat hat somit sämtliche Gesuche gutgeheissen. Ich gratuliere allen Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern zur Zusicherung des Gemeindebürgerrechts von Lenzburg. Es freut mich, dass Sie den schwierigen Weg zur Einbürgerung auf sich genommen haben. Die Einbürgerung ist ein sehr wichtiger Schritt auf dem Weg der Integration. Unsere direkte Demokratie bietet Ihnen die Möglichkeit, am politischen Leben unserer Stadt teilzunehmen. Unser Gemeinwesen lebt von der Beteiligung seiner Bürgerinnen und Bürger und von ihrem Willen zur Teilnahme, die Sie durch Ihre Einbürgerungsgesuche schon bekundet haben. Ich hoffe, dass Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Herzlichen Glückwunsch und herzlich willkommen. (Applaus)

4 Sanierung Kanalisation im Teilgebiet C (Aabach), Kontrollschacht KS 50007 bis Kontrollschacht KS 60115; Verpflichtungskredit zu Lasten Abwasserrechnung

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Ich übergebe das Wort an Stefan Zantop, Sprecher der GPFK.

Sprecher der GPFK ist Stefan Zantop (Grüne): Die Sanierung einer Kanalisationsleitung ist an und für sich ja nichts Aussergewöhnliches, vor allem dann nicht, wenn der Sanierungsbedarf aus fachlicher Sicht ausgewiesen und - wie im vorliegenden Fall - die Leitung undicht ist. Speziell an dieser Vorlage ist jedoch, dass es sich um einen ehemaligen Verbandskanal handelt, der nun der Gemeindekanalisation dient. Der Kanal ist viel zu gross für seine neue Aufgabe. Deshalb warf die GPFK die Frage auf, ob der Unterhalt für diese überdimensionierte Infrastruktur nicht zu teuer sei. Christian Brenner, Leiter Abteilung Tiefbau des Stadtbauamts, konnte nachweisen, dass zwei Alternativen geprüft wurden. Eine Variante wäre, Anschlüsse zur neuen Verbandsleitung umzulegen. Eine weitere Möglichkeit bestünde, indem anstelle des bestehenden alten Verbandskanals eine neue, kleinere und im Unterhalt billigere Leitung gebaut würde. Insgesamt wären aber beide Alternativlösungen dreieinhalb- bis fünfmal teurer, als das uns vorliegende Projekt.

Speziell an dieser Vorlage ist auch die Lage der Leitung. Sie grenzt direkt an den Aabach, der ein wichtiger Natur- und Erholungsraum ist. Die GPFK fragte deshalb, ob der Kanal vielleicht die künftige Entwicklung am Aabach behindert. Wir konnten feststellen, dass dies nicht der Fall ist. Die Nähe der Gebäude am Bach sollte aus industriekulturellen Gründen erhalten bleiben. Eine Renaturierung ist vor allem aus diesem Grund nicht vorgesehen. Ein möglicher Fussweg, der realistische Chancen auf eine Realisierung hat, kann auch im Bereich dieses Kanals problemlos verwirklicht werden.

Die GPFK empfiehlt Ihnen, dem Verpflichtungskredit zuzustimmen. Nun noch die Kurzfassung: Ein Knopf in der Leitung wäre schlimmer als Löcher darin, trotzdem macht eine Sanierung Sinn. Aus diesem Grund stimmen wir dieser Vorlage zu und haben dann wieder 70 Jahre Ruhe.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Stefan Zantop. Die Diskussion ist eröffnet. Wem darf ich das Wort erteilen? Dieses scheint nicht gewünscht zu werden. Wenn keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 8. März 2017 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat stimmt dem Projekt für die Sanierung der Kanalisation Teilgebiet C (Aabach), KS 50007 bis KS 60115, zu und bewilligt für die Ausführung des Vorhabens zu Lasten der Abwasserrechnung einen Verpflichtungskredit von Fr. 255'000.–, zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 26. Juni 2017 ab.

5 Postulat zu einer EPS-Sammelstelle; Bericht des Stadtrats

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Der Bericht des Stadtrats wurde Ihnen ausgeteilt. Das Wort hat nun der Vertreter der Unterzeichnenden, Marcel Spörri.

Marcel Spörri (EVP): Die EVP bedankt sich für die ausführliche Beantwortung des Postulats. Die Details in der Antwort, die über die Herstellung, Verwendung und Entsorgungsmöglichkeiten ausgeführt werden, sind aufschlussreich. Aus diesem Grund möchte ich hier keine weiteren Worte dazu verlieren. Zum kleinsten Teil im Bericht des Stadtrats, dem Fazit, erlaube ich mir noch ein paar Bemerkungen: Dass Recycling von Styropor (EPS) ökologisch sinnvoll ist, ist aus dem Bericht ersichtlich. Die Frage der Wirtschaftlichkeit für die Kleinmengen aus den Privathaushalten wird auch korrekt beantwortet: Diese ist nicht gegeben. Nur Wirtschaftlichkeit ist bei keinem einzigen Recyclingmaterial aus Privathaushalten gegeben. Gerade deswegen machen zentrale Sammelstellen Sinn (Glas, Pet, etc.). Das Hauptproblem einer EPS-Sammelstelle ist der Platzbedarf. Die Stärken des Styropors liegen darin, dass es zu 98 % aus Luft besteht. Das Problem ist die Lagerung "eingepackter" Luft, da dafür viel Platz beansprucht wird. Genau dies ist aus meiner Sicht ein sehr gutes Argument für eine zentrale Sammelstelle. Weil in den privaten Haushalten der Platz für die Aufbewahrung des Styropors fehlt, landet dieses einfach in einer Kehrrichtverbrennungsanlage (thermisches Recycling). Erdölprodukte zu verbrennen ist bekanntlich ökologisch nicht sehr sinnvoll und einer Energiestadt nicht würdig. Dass die Stadt Lenzburg aktuell keine Verkleinerungsmaschine anschaffen möchte, macht sehr wohl Sinn. Dies wird im letzten Abschnitt sehr klar beantwortet und das sehen wir von der EVP genau gleich. Jedoch fehlt mir im letzten Abschnitt etwas ganz Wichtiges. Gerade bei Abklärungen mit einem privaten Unternehmen für einen Recyclingplatz muss meiner Meinung nach die Integration einer EPS-Sammelstelle Bedingung sein.

Die EVP-Fraktion ist mit dem Bericht zufrieden, dankt den Verfassern nochmals für die Arbeit und heisst ihn auch gut. Wir werden aber bei der zu erwartenden Vorlage bezüglich Recyclingplatz überprüfen, ob die Möglichkeit einer EPS-Sammelstelle auch wirklich ernst genommen wurde.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Marcel Spörri. Möchte der Stadtrat dazu Stellung nehmen? Dies scheint nicht der Fall zu sein, somit ist die Diskussion eröffnet. Ich erteile das Wort an Lukas Häusler.

Lukas Häusler (Grüne): Ich möchte mich zuerst bei den Kollegen der EVP für die Durchführung der Sammelaktionen und das Einreichen dieses Postulats bedanken. Dem Stadtrat danke ich für die Stellungnahme. Wie Marcel Spörri bereits erwähnt hat, kann jemand, der beispielsweise keine Doppelgarage hat, das Styropor nicht über längere Zeit lagern. Für Personen, die kein Auto besitzen oder möglichst darauf verzichten wollen, ist es aber auch wichtig, dass

die Sammelstelle in Lenzburg und nicht beispielsweise in Hunzenschwil realisiert wird. Bezüglich Anfrage Projektierung Werkhof, Recyclingplatz, der SVP/BDP-Fraktion möchte ich nochmals erwähnen, dass es nicht nur um EPS geht, sondern um alle möglichen Recyclinggüter. Es ist mir wichtig, dass diese Sammelstelle in Lenzburg ist. Lenzburg ist eine umweltfreundliche Stadt, deshalb sollte man mit dem Einkaufswagen oder dem Veloanhänger entsorgen können. So darf sich auch eine Energiestadt, Energiestadt nennen. Danke.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Wird weiterhin das Wort gewünscht? Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 15. März 2017 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Gestützt auf § 29 Abs. 3 der Gemeindeordnung heisst der Einwohnerrat den Bericht gut.

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem fakultativen Referendum.

6 Neubau Brücke Aabachpark (Dammweg); Kreditabrechnung

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Ich übergebe das Wort an Daniel Blaser, Sprecher der GPFK.

Sprecher der GPFK ist Daniel Blaser (CVP): Am 5. November 2015 hat der Einwohnerrat einem Verpflichtungskredit von Fr. 340'000.– für den Neubau der Brücke beim Aabachpark zugestimmt. Die bestehende Brücke der SBB wurde aus Alters- und Sicherheitsgründen abgebaut und die neue Brücke wurde so geplant, dass Fussgänger und Fahrradfahrer diese etwas komfortabler passieren können sowie, dass die Messstation unter der Brücke besser betrieben werden kann. Die GPFK hat die Rechnung geprüft. Die Buchhaltung wurde sauber geführt, die Rechnungen richtig verbucht und sämtliche Belege sind vorhanden. Einzig zwei Vermessungsrechnungen der Firma Flury warfen Fragen auf. Christian Brenner, Leiter Tiefbau des Stadtbauamts, hat uns ausführlich erklärt, wie diese beiden Rechnungen zustande kamen. Für die Überwachung der Brücke wurde ein neuer Messpunkt vom Nachführungsgeometer gesetzt, ein sogenannter Höhenfixpunkt, welcher ermöglicht, Veränderungen der Brücke festzustellen. Die zweite Messung wurde nach dem Bau der Brücke vorgenommen. Beide Arbeiten wurden separat in Rechnung gestellt. Die Abrechnung des Verpflichtungskredits wurde um 4 %, resp. um Fr. 13'900.–, unterschritten, was uns sehr erfreute. Die GPFK ist einstimmig der Meinung, dass die Abrechnung genehmigt werden kann.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Daniel Blaser. Die Diskussion ist eröffnet, wem darf ich das Wort erteilen?

Anja Vögeli Knapp (SP): Die Brücke Aabachpark ist ein super Beispiel für eine sichere und lückenlose Verbindung für den Langsamverkehr zwischen der Altstadt und einem Siedlungsgebiet. Sie ist das bis anhin fehlende Verbindungsstück Ost/West und wird entsprechend rege von Fahrradfahrern und Fussgängern genutzt. Es profitieren nicht nur die Bewohner des alten Hero-Areals. Die Brücke erschliesst den Aabachpark ostseitig und dies für alle. Der wunderschöne Spiel- und Grillplatz ist ein beliebter Treffpunkt für alle Generationen und hat sich bereits etabliert. Die Gesamtplanung Aabachpark und Aabachbrücke ist eine beispielhafte Aufwertung der Aabachregion. Seitens der SP-Fraktion ein dickes Lob. Selbstverständlich stimmen wir der Kreditabrechnung zu.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Wird das Wort weiterhin gewünscht? Falls nicht, kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 19. April 2017 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung für den Bau der Brücke Aabachpark, schliessend mit Aufwendungen von Fr. 326'080.60.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 26. Juni 2017 ab.

7 Sanierung Sophie Hämmerli-Strasse; Kreditabrechnung

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Ich übergebe das Wort an Rudolf Baumann, Sprecher der GPFK.

Sprecher der GPFK ist Rudolf Baumann (SVP): Daniel Blaser und ich haben die Kreditabrechnung der Sophie-Hämmerli-Strasse über Fr. 255'618.10 geprüft. Alle Buchungen sind korrekt. Leider resultiert bei der Abrechnung ein Mehraufwand von 6,5 % oder Fr. 15'618.–. Wird der Betrag von Fr. 15'000.– für Unvorhergesehenes auch noch dazu gezählt, liegen wir bereits bei 13 % Kreditüberschreitung. Betreffend Mehrausgaben wurde uns mitgeteilt, dass beim Ostteil der Sophie Hämmerli-Strasse die Hausanschlüsse sowie die Belagserneuerung des gesamten Gehwegs die Mehrkosten verursachten. Im Westteil mussten die Bauarbeiten unterbrochen werden, weil der Neubau "Wohnen 16+" zwischenzeitlich bewilligt wurde. Diese Verzögerung verursachte Mehrkosten. Trotzdem stimmt die GPFK der Vorlage einstimmig zu. Die Fraktion SVP/BDP schliesst sich ihr an.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke Rudolf Baumann. Die Diskussion ist eröffnet. Wem darf ich das Wort erteilen?

Beatrice Taubert (SP): Ich möchte mich zum Fahrverbot zwischen dem West- und dem Ostteil der Sophie Hämmerli-Strasse äussern. Dieses Fahrverbot funktioniert nicht und wird von den Autofahrern nicht verstanden. Sämtliche Zufahrtsstrassen zum Bahnhof-Nord sind mit Fahrverboten versehen, die Ausnahmen für Besucher, Kunden und Anwohner vorsehen. Es wird auch als ein solches Fahrverbot von den Lenkern verstanden. Nicht Ortsansässige sehen den Unterschied nicht und werden sogar vom Navigationsgerät durch diese Strasse geführt. Ich weiss nicht, wo dies angebracht werden kann, dass zumindest Navigationsgeräte diesen Weg nicht mehr anzeigen. Anwohner, die sich an die Verkehrsregelungen halten, ärgern sich natürlich über diejenigen, die die Vorschriften missachten. Wir erachten das Fahrverbot bei der Sophie Hämmerli-Strasse jedoch als sehr wichtig, da sie als Kindergartenweg dient. Um die Kinder zu schützen, ist es notwendig, sich an das Fahrverbot zu halten. Wir möchten gerne anregen, dieses Fahrverbot neu zu überdenken und eventuell neu zu markieren. Danke.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Beatrice Taubert. Wird weiterhin das Wort gewünscht? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 19. April 2017 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung für die Sanierung der Sophie Hämmerli-Strasse, schliessend mit Aufwendungen von Fr. 255'618.10.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 26. Juni 2017 ab.

8 Beantwortung der schriftlichen Anfrage der FDP-Fraktion und der SVP-Fraktion "Sicherung und Weiterentwicklung des Berufsschulstandorts Lenzburg" vom 14. März 2017

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Ich übergebe das Wort an Stadtmann Daniel Mosimann.

Daniel Mosimann (Stadtammann): Wir könnten es ganz kurz halten und sagen: Man muss sich mit grosser Kompetenz und hoher Qualität unentbehrlich machen. Von Seiten Stadtrat möchten wir aber doch vertiefter auf die Fragen eingehen:

Das Bundesgesetz über die Berufsbildung hält fest:

Art. 22 Angebot der Berufsfachschulen

¹ Die Kantone, in denen die Bildung in beruflicher Praxis erfolgt, sorgen für ein bedarfsgerechtes Angebot an Berufsfachschulen."

Das Gesetz über die Berufs- und Weiterbildung (GBW) des Kantons Aargau enthält in Kapitel 2.2. (Anbieter der beruflichen Grundbildung) folgende Aussagen zur Standortfrage und zur Berufszuteilungsplanung:

"§ 13 Standort

¹ Der Grosse Rat entscheidet im Rahmen der kantonalen Richtplanung gemäss § 9 Abs. 4 des Gesetzes über Raumplanung, Umweltschutz und Bauwesen (Baugesetz, BauG) vom 19. Januar 1993 über die Standorte der Berufsfachschulen.

§ 14 Berufszuteilungsplanung

¹ Der Regierungsrat legt die Berufszuteilungsplanung fest, die namentlich die Zuteilung der Berufsfelder, der Grundbildungen, der Berufsmaturitätsrichtungen und der Fachkurse an die öffentlichen Berufsfachschulen regelt.

² Er berücksichtigt dabei namentlich die mit der kantonalen Richtplanung festgelegten Berufsfachschulstandorte, die Bedürfnisse der Anbieter der Bildung in beruflicher Praxis und die wirtschaftliche Struktur der Regionen."

Eine kurze Erläuterung zum Richtplan und zum Verfahren von Richtplanänderungen:

Der Richtplan

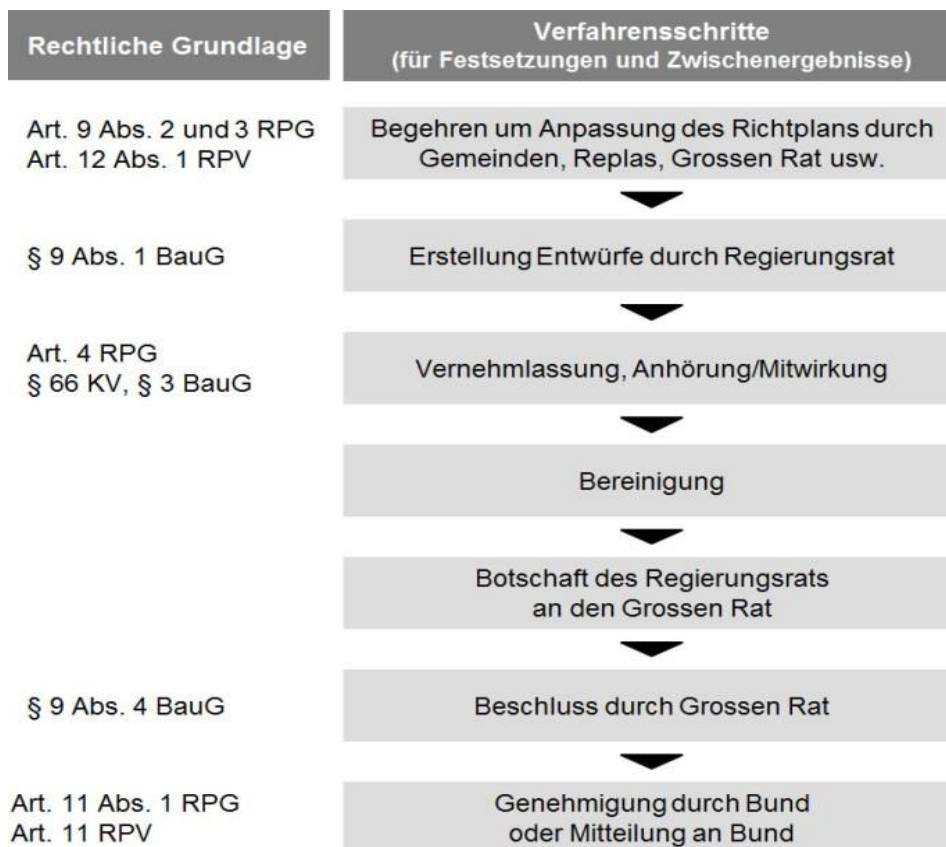
- ist das zentrale Raumplanungsinstrument des Kantons,
- zeigt, wie die Tätigkeiten des Bundes, des Kantons und der Gemeinden aufeinander abgestimmt werden,
- zeigt, zu welchem Zeitpunkt und mit welchen Mitteln die raumwirksamen, öffentlichen Aufgaben erfüllt werden,
- wird laufend den Entwicklungen angepasst.

Anpassungen des Richtplans erfolgen, wenn sich die Verhältnisse wesentlich geändert haben, sich bedeutende neue Aufgaben stellen oder eine gesamthaft bessere Lösung möglich ist.

Eine Anpassung des Richtplans erfolgt in folgenden Schritten:

- Antrag an den Regierungsrat auf Überprüfung und allenfalls Anpassung des Richtplans,
- Erarbeitung der Vorlage,
- Durchführung des Vernehmlassungs- und Mitwirkungsverfahrens,
- Verabschiedung der Botschaft zuhanden des Grossen Rats durch den Regierungsrat,
- Beschluss des Grossen Rats,
- Genehmigung durch den Bund.

Ablaufschema



Zusammengefasst heisst das: Der Regierungsrat kann in eigener Kompetenz Berufsfelder den einzelnen Berufsschulen zuteilen, aber für Anpassungen des Richtplans, wie z.B. Schliessungen von Schulstandorten, ist der Grosse Rat zuständig.

Gestützt auf diese einleitenden Bemerkungen beantwortet der Stadtrat die Fragen wie folgt:

Frage 1: Ist der Stadtrat der Meinung, dass der KV-Berufsschulstandort Lenzburg ohne strategische Anpassungen (bspw. Umstrukturierungen/Partnerschaften, Spezialisierung etc. basierend auf weiträumigem Denken und unter

Wahrung der Qualität) seitens des Stadtrates respektive Schulvorstands langfristig gesichert ist?

Das KV Lenzburg Reinach ist bereits spezialisiert, führt es doch als einzige Schule im Kanton die BM 2 (Berufsmaturitätsschule für Erwachsene) in zwei Ausrichtungen: BM 2 Wirtschaft (seit 2001) und BM 2 Dienstleistungen (seit 2015). Das KV Lenzburg Reinach verfügt über top ausgebildete Lehrpersonen, da alle Lehrpersonen auch an der BM 2 unterrichten müssen. Der Lehrkörper der Berufsmaturaklassen verfügt über eine gleichwertige Ausbildung wie Lehrpersonen an Kantonsschulen. Die Qualität des KV Lenzburg Reinach lässt sich im interkantonalen Vergleich gut vergleichen, und die Schule ist immer an vorderster Front. Das KV Lenzburg Reinach bietet als einzige Schule im Kanton alle Profile (Wirtschaft) an (B-Profil = Basis Grundbildung; E-Profil = Erweiterte Grundbildung; M-Profil = Erweiterte Grundbildung mit Berufsmaturität; BM 2 = Berufsmaturitätsschule für Erwachsene). Dank diesem breiten Ausbildungsangebot ist das KV Lenzburg Reinach ein Kompetenzzentrum für die kaufmännische Ausbildung. Da alle Profile am KV Lenzburg Reinach angeboten werden, wird auch das geforderte Kriterium der Durchlässigkeit erfüllt.

Ob das KV Lenzburg Reinach langfristig gesichert ist, hängt einzig von der Politik des Kantons ab. Das Standort- und Raumkonzept des Regierungsrats wurde unter anderem im Grossen Rat klar verworfen, weil eine Anpassung der Struktur weder bei der Qualität, noch bei den Kosten Vorteile gebracht hätte. Das Konzept mit dem Kaufmännischen Verein als Träger ist sehr wertvoll und gibt der Berufsschule eine gesunde Eigenständigkeit.

Frage 2: Welche Strategie verfolgt der Stadtrat bei der Berufsbildung?

Die Aussage im Leitbild der Stadt Lenzburg "Wir fördern ein zeitgemässes und qualitativ hohes Bildungsangebot auf allen Stufen" hat nach wie vor Gültigkeit. Die Sanierung der städtischen Liegenschaft KV-Schulhaus ist als klares Zeichen der Stadt Lenzburg für das KV Lenzburg Reinach zu werten. Im Weiteren unterstützt der Stadtrat den Trägerverein, den Schulvorstand und die Schulleitung bei der Einführung und Umsetzung von Entwicklungsprojekten. Ziel muss sein, fortwährend eine hervorragende Unterrichts- und Schulqualität anzubieten. Gefordert ist aber auch die Wirtschaft, denn nur eine genügende Anzahl von Lernenden ist Garant für die Standortsicherung. Das heisst: Kompetenz, Qualität und Quantität sind Erfolgsfaktoren. Der Stadtrat ist entschlossen, bei Vorlagen zur Berufsbildung im Grossen Rat - zusammen mit den Gemeinden und Grossräten der Region Lenzburg - Lobbyarbeit für den Berufsschulstandort Lenzburg zu leisten.

Frage 3: Ist die Strategie des Kaufmännischen Vereins Lenzburg Reinach bekannt? Ist diese mit dem Stadtrat abgesprochen? Falls ja, konnten die Interessen der Stadt Lenzburg entsprechend gewahrt respektive eingebracht werden?

Der Kaufmännische Verein Lenzburg Reinach setzt alles daran, den Schulstandort in Lenzburg zu erhalten. Die Strategie ist mit dem Stadtrat Lenzburg wie auch mit dem Gemeinderat Reinach abgesprochen. Die Interessen der Stadt Lenzburg wie auch der umliegenden Gemeinden werden mit Vertretern im Schulvorstand gewahrt. Der Schulvorstand besteht aus 7 Gemeindevertretern, davon 4 aus dem Bezirk Lenzburg und 3 aus dem Bezirk Kulm. Die Standortstadt Lenzburg und die Standortgemeinde Reinach haben einen festen Sitz im Schulvorstand. Somit kann die Stadt Lenzburg ihre Interessen immer direkt einbringen, und der Informationsfluss zwischen Schule und Gemeinden bzw. umgekehrt ist gewährleistet.

Frage 4: Der Bericht des BKS weist einige Handlungsfelder auf, welche der KV Schule bei entsprechendem Handeln zur nachhaltigen Sicherung am Standort verhelfen könnten. Welche konkreten Massnahmen gedenkt der Stadtrat in Zusammenarbeit mit dem Schulvorstand zur langfristigen Erhaltung des KV-Berufsschulstandortes Lenzburg zu ergreifen?

Für die nachhaltige Sicherung des Standorts sind die Schülerzahlen sicherlich ein wichtiges Kriterium. Politik und Wirtschaft müssen alles daran setzen, das duale Bildungssystem weiter zu stärken. Die Wirtschaftsmittelschule ist eine grosse Konkurrenz für das "KV". Die KVs passen sich laufend an die neuen Anforderungen der Lehrpläne an. Somit wird sichergestellt, dass die Ausbildung auf die Bedürfnisse der Wirtschaft ausgerichtet bleibt.

Frage 5: Es ist davon auszugehen, dass auch in Zukunft eine Konzentration der Schulstandorte und damit die Bildung von Kompetenzzentren seitens des Kantons angestrebt werden wird. Das würde nicht zuletzt eine weitaus grössere Anzahl Schüler an den jeweiligen Zentren bedeuten. Ist der Stadtrat der Meinung, dass die bestehenden Räumlichkeiten der KV-Schule unter Wahrung des heutigen Bildungsangebots hierfür genügend Potentiale bieten (inkl. aller damit verbundenen Infrastrukturen wie Mensa etc.)?

Das KV Lenzburg Reinach führt zurzeit total 23 Klassen (inkl. BM 2) mit total 417 Lernenden (19 Abteilungen in Lenzburg, 4 Abteilungen in Reinach). Das KV Lenzburg Reinach könnte ohne grosse Probleme weitere 4 Klassen führen. Zudem verfügt das KV Lenzburg Reinach über moderne und zeitgemässe Arbeits- und Pausenräume. Mit den nahegelegenen Verpflegungsmöglichkeiten kann auch das Thema "Mensa" gelöst werden.

Frage 6: Die Stadt Lenzburg verfügt mit der Berufsschule Lenzburg (BSL) über eine weitere ausgewiesene, in der Schullandschaft bestens verankerte und zudem auch in Bezug auf die Schülerzahl grosse Institution. Gespräche über mögliche Zusammenarbeitsformen wurden seitens des Stadtrates bereits 2005 in Aussicht gestellt, scheinen aber nicht gefruchtet zu haben. Hat der Stadtrat in

Zusammenarbeit mit dem Schulvorstand eine erneute Überprüfung der Möglichkeiten geplant respektive bereits eingeleitet?

Gespräche über eine vertiefte Zusammenarbeit oder gar eine Zusammenführung der beiden Schulen wurden geführt, aber ohne zählbare Ergebnisse beendet, weil u.a. eine Fusion mit der Berufsschule Lenzburg BSL den Standort Reinach in Frage stellen würde, was der Schulvorstand des KV Lenzburg Reinach klar ablehnte. Die Umsetzungsvorschläge des Standort- und Raumkonzepts des Departements BKS zeigen, dass gemischte Schulen (gewerblich-industrielle Schulen und KV) sich neu positionieren müssen, d.h., diese Schulen verlieren ein Standbein.

Vor allem im Zusammenhang mit allfälligen Erweiterungsbauten am Standort der BSL wird die Frage einer möglichen Kooperation zwischen den beiden Berufsschulen erneut thematisiert.

Die Veränderungen zeichnen sich wie folgt ab:

Schule	Status quo	Umsetzungsvorschlag
BWZ Brugg	GI (gewerblich-industriell) KV	GI
BZF Rheinfelden	GI KV	GI KV
BBZ Freiamt in Wohlen	GI KV	KV
BW Zofingen	GI KV	GI

Die Eigenständigkeit des KVs Lenzburg Reinach garantierte in dieser Situation mit der Frage des Standorts und Raumkonzepts den Erhalt der Schule aufgrund der einleitenden Ausführungen bezüglich Richtplanänderungen.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Wünschen die Anfragesteller Stellung zu nehmen?

Adriano Beti (FDP): Besten Dank für die sehr schöne, abgerundete und äusserst umfangreiche Beantwortung unserer Anfrage. Eine Beantwortung, die uns sehr stark an diejenige erinnert, die wir bereits im 2005 erhalten haben. Aus dieser Antwort können wir nur drei Punkte herauskristallisieren:

1. Wir wissen, wer, was, wann und in welcher Reihenfolge zu erledigen hat, um den kantonalen Richtplan anzupassen.
2. Wir wissen, dass die Entscheidungen in Aarau gefällt werden. Dies heisst ja nichts Anderes als: Wir sind völlig machtlos und haben zu akzeptieren.

3. Das KV Lenzburg Reinach ist in Bezug auf die Qualität der Ausbildung top. Dies ist ein wichtiger Punkt und dieser sollte man in Aarau auch einmal wahrnehmen, denn genau dies kam im ganzen Bericht nie zur Diskussion.

Zusammengefasst heisst dies, wir machen so weiter wie bis anhin. In Aarau wissen sie, was sie zu tun haben und entscheiden völlig wertneutral, so dass es für uns auch stimmen wird. Ist dies wirklich so? Wir sind hier anderer Meinung. Die FDP wie auch die SVP/BDP stehen für den Erhalt resp. die Stärkung des KVs Lenzburg Reinach ein und sind von der guten Qualität überzeugt. Für einen Erhalt muss man jedoch etwas tun und nicht nur auf den "weissen Reiter" oder die "weisse Reiterin" warten, welche das Ganze schon richten wird. Jetzt ist Zeit, fit zu werden und sich unersetzlich zu machen! Eigentlich haben wir nach diesem Bericht eine grosse Chance. Glücklicherweise wurde die Berufsschulreform nicht realisiert und so blieb unser KV erhalten. Die Vorlage resp. der Bericht ist nichts Anderes als eine Fremdsicht, die beinahe zur Schliessung unserer Schule geführt hätte.

Ich möchte nicht auf alle gestellten Fragen eingehen, sondern anhand der Fragen 4 und 5 aufzeigen, wo das Problem aus unserer Sicht liegt.

Die Frage 4 deutet klar auf die gezeigten Handlungsfelder im Bericht des BKS hin und fragt nach den getroffenen Massnahmen seitens Schulvorstand wie auch Schulleitung. Mit anderen Worten fragen wir danach, wie die Gremien die Problemzonen, die aufgezeigt wurden, bekämpfen wollen. Die Antwort des Stadtrats lautet:

1. Die Wirtschaft und die Politik müssen schauen, dass genügend Lernende kommen.
2. Wir passen unsere Lehrpläne entsprechend den Änderungen der Wirtschaftsschule an.

Sind dies wirklich nach vorne gerichtete Massnahmen? Mit dem Finger auf andere zeigen und fordern sowie Aktionen anderer Schulen abkupfern?

Die Frage 5 geht auf einen Punkt ein, der für die Bildung von Kompetenzzentren wichtig ist, wie der Bericht gezeigt hat. Nämlich die Frage nach dem Entwicklungspotenzial eines Standorts. Die Antwort des Stadtrats, dass die Schule problemlos vier zusätzliche Klassen führen könnte, ist für uns nicht vertrauenserweckend. Wirft man ein Blick in den Anhörungsbericht, kann man die Grössenordnung in etwa erahnen. Dieser spricht unter anderem von einer Erhöhung der Schülerzahl von 463 auf 689. Teilt man diese zusätzlichen Schüler auf 4 Klassen auf, ergibt dies Klassen à 56 Schüler.

Im Leitbild der Stadt steht - und dies haben wir vorhin auch gehört -, *wir fördern ein zeitgemässes und qualitativ hohes Bildungsangebot*. Fördern bedeutet, nicht nur Geld in die Infrastruktur zu stecken. Es bedeutet auch, etwas aufbauen, etwas proaktiv weiterbringen, ein entsprechendes Umfeld erarbeiten,

Allianzen schmieden, vielleicht auch eine Revision verfolgen. Wenn man etwas fördern möchte, muss man im Grunde etwas dafür tun, nämlich aktiv werden. Nur abzuwarten, bis andere für uns entscheiden; Verstehen wir dies unter fördern? Mit dem, was wir diese Woche vom Regierungsrat gehört haben, glaube ich, bleiben uns keine zehn Jahre mehr, bis wir agieren können. Wir hoffen, dass wir mit dieser Anfrage zumindest einen Denkanstoss geben konnten und wir hoffen, dass sich nicht nur der zuständige Stadtrat, sondern alle Vertreter in diesen Gremien auch einmal eine andere Brille aufsetzen und versuchen, abzuleiten, was mit diesen Informationen gemacht werden kann.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Ich danke für die sehr ausführlichen Stellungnahmen und komme somit zum Tagesordnungspunkt 9.

9 Beantwortung der schriftlichen Anfrage der SVP/BDP-Fraktion "Vision Wasser 2035"

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Ich übergebe das Wort an Stadtrat Martin Steinmann.

Martin Steinmann (Stadtrat): Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

I. Ausgangslage

An der Einwohnerratssitzung vom 16. März 2017 reichte die SVP/BDP-Einwohnerratsfraktion diese Anfrage "Vision Wasser 2035" ein:

Vor geraumer Zeit wurde in der Presse (az) über die Vision Wasser 2035 berichtet. Dabei ist eine Wasserlieferung ins Bünz- und Reusstal vorgesehen. Gemäss diesen Berichten erfolgt diese Vision über die Stadt Lenzburg, beziehungsweise dem Netz der SWL Wasser AG.

Ausgehend von dieser Situation bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- **Hat diese Vision 2035 Einfluss auf die Wasserversorgung (SWL Wasser AG) der Stadt Lenzburg?**
- **Sind Ausbauten im Bereich der Kapazität und Wasserlieferungen vorgesehen?**
- **Mit welchen Kosten ist für die Stadt Lenzburg zu rechnen?**
- **In welchem Umfang findet eine Beteiligung der Partnergemeinden statt?**
- **Inwiefern hat es Auswirkungen auf das Projekt, dass Niederlenz (Standort Pumpwerk) sich an dieser Vision nicht beteiligt?**
- **Mit welchem Wasserpreis muss der Lenzburger Bürger zukünftig rechnen?**

II. Beantwortung

Der Stadtrat stellte die Anfrage zur Stellungnahme der SWL Wasser AG zu, welche für die Beschaffung und Verteilung des Wassers in Lenzburg verantwortlich ist.

Die SWL Wasser AG kann dazu wie folgt Stellung nehmen:

Idee und Ausgangslage der Vision Wasser 2035

Die Wasserbedarfsdeckung der Gemeinden in der Region Bünz- und Reusstal ist mittel- bis langfristig nicht sichergestellt. Bereits heute stossen vereinzelt Wasserversorgungen an einem Spitzentag an ihre Grenzen. In Anbetracht des weiterhin starken Bevölkerungswachstums und der zu erwartenden Auswirkungen des Klimawandels sind heute Massnahmen zu treffen, um den Wasserbedarf der Region auch in Zukunft decken zu können.

Die IB Wohlen AG (ibw) verfügt gemeinsam mit der SWL Wasser AG Lenzburg (SWL) über eine leistungsfähige Grundwasserfassung (GWPW Hard II) im ergiebigen Grundwasserstrom auf dem Gemeindegebiet Niederlenz. Die entsprechenden Transportleitungen nach Lenzburg und Wohlen erfüllen seit Jahren zuverlässig ihren Dienst. Der künftige Eigenbedarf sowie die von Nachbarversorgungen benötigten Wasserbezugsoptionen führen dazu, dass die konzessionierte Entnahmemenge der IB Wohlen AG aus der Fassung Hard II (7000 l/min) weitestgehend ausgeschöpft ist.

Bevor eine Erhöhung der konzessionierten Entnahmemenge in Betracht gezogen wird, soll geklärt werden, ob sich die regionale Situation der Wasserversorgungen im Bünz- und im Reusstal mit einem leistungsfähigen Ringchluss bzw. einer klugen Vernetzung sinnvoll optimieren lässt.

An den Infoveranstaltungen vom 18. und 25. September 2014 wurden die Vertreter der Gemeinden im Bünz- und Reusstal über das Ringkonzept informiert und zur Teilnahme eingeladen. 23 Gemeinden haben ihr Interesse bekundet und die Waldburger Ingenieure AG mit der Ausarbeitung der Studie "Wasser 2035" beauftragt.

Das Projekt wird durch die Abteilung für Umwelt des Departements für Bau, Verkehr und Umwelt des Kantons Aargau sowohl fachlich als auch finanziell unterstützt.

Planungssperimeter

Der Planungssperimeter der Vision Wasser 2035 umfasst die folgenden Gemeinden respektive Wasserversorgungen:

Ammerswil, Bettwil, Bremgarten, Brunegg, Büttikon, Dintikon, Dottikon, Fahrwangen, Fischbach-Göslikon, Hägglingen, Hendschiken, Lenzburg (SWL), Mägenwil, Mellingen, Niederwil, Othmarsingen, Sarmenstorf, Tägerig, Uezwil, Villmergen, Waltenschwil, Wohlen (ibw), Wohlenschwil, REWA Birrfeld, RWV Mutschellen

Aktueller Stand der Vision Wasser 2035

Am 27. Januar 2016 wurde die Vorstudie zur Vision Wasser 2035 als Ergebnis der ersten Planungsphase vorgestellt. Dabei wurden die technische Machbarkeit einer Ringleitung und eine Kostenschätzung für deren Umsetzung aufgezeigt. In der darauffolgenden Vernehmlassung haben sich alle Wasserversorgungen im Planungssperimeter zur Teilnahme an der nächsten Planungsphase bereit erklärt.

Die Vision Wasser 2035 befindet sich zurzeit in der zweiten Planungsphase, welche die Ausarbeitung eines möglichen Organisations-, Betriebs- und Finanzierungskonzepts für die Vision Wasser 2035 beinhaltet. Die Ergebnisse der zweiten Planungsphase, das mögliche Organisations-, Betriebs- und Finanzierungskonzept, werden am 22. Juni 2017 präsentiert. Danach findet wiederum eine Vernehmlassung bei allen betroffenen Wasserversorgungen statt.

In einer dritten Planungsphase ist die definitive Ausarbeitung anhand dieser Vernehmlassung vorgesehen, und es würden die notwendigen Entscheide bei Volk und Verwaltungsräten vorbereitet und abgeholt werden.

In der vierten Planungsphase wäre die Projektierung und Realisierung der Vision Wasser 2035 geplant, mit der Gründung der Organisation und der Planung und Realisierung der Bauprojekte.

Antworten zu den Fragen

Die Fragen der SVP/BDP-Einwohnerratsfraktion zur Vision Wasser 2035 können zurzeit nicht im Detail beantwortet werden, da die dazu notwendigen Grundlagen noch erarbeitet werden. Da die definitiven Grundlagen fehlen, können zum heutigen Zeitpunkt weder Entscheidungen getroffen noch konkrete Anträge formuliert werden. Sollte die Vision Wasser 2035 zu einer Änderung der Wassertarife führen, würden erst die Geschäftsleitung und der Verwaltungsrat der SWL Wasser AG, dann der Stadtrat und anschliessend der Einwohner-rat über eine Tarifänderung und damit über die Teilnahme am Projekt 2035 entscheiden."

Stadtrat Martin Steinmann: Ich kann noch Ergänzungen über die bisher angefallenen Kosten anbringen: Gesamthaft kostet die Planungsphase bis Phase 2 für alle angeschlossenen Gemeinden und den Kanton Fr. 200'000.–. Davon muss Lenzburg Fr. 17'000.– bezahlen.

Ich habe mich für den vorerwähnten Anlass vom 22. Juni 2017 angemeldet. Ich hoffe, Ihnen danach mehr berichten zu können. Beschlossen ist noch nichts. Wir werden jedoch prüfen, ob die geplante Ringleitung auch mehr Sicherheit für die Wasserversorgung in Lenzburg bringt.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Martin Steinmann. Möchten die Antragssteller dazu Stellung nehmen?

Brigitte Vogel (SVP): Die SVP/BDP-Fraktion dankt dem Stadtrat bzw. der SWL Wasser AG für die Beantwortung der Fragen. Aus unserer Sicht ist diese eher mager ausgefallen. Dies vielleicht in Anlehnung an die positiven Eigenschaften des Wassers, handelt es sich doch um ein kalorienarmes Produkt. Ein Produkt jedoch, das in unserem Alltag eine enorme Bedeutung hat und dessen Wichtigkeit bestimmt noch zunehmen wird. Dies wurde auch bei der Beantwortung der Fragen deutlich gemacht. Für uns absolut unbefriedigend ist die finanzielle Betrachtung. Wir sind klar der Ansicht, dass es nicht sein kann, dass Lenzburg Investitionen tätigt und andere Gemeinden sich anschliessend daran beteiligen, ohne die Investitionen mitzufinanzieren. Jedoch genau dies befürchten wir. Ende letzten Jahres ist dem Einwohnerrat von der SWL aufgezeigt worden, welches Investitionsvolumen, gerade im Bereich des Pumpwerks, ansteht. Aus diesem Grund befürchten wir, dass die Lenzburger dies mit höheren Gebühren berappen müssen und die Gemeinden der Region davon profitieren, dass eine intakte, leistungsfähige Pump- und Leitungsinfrastruktur gebaut und unterhalten wird. Aus Sicht der Einwohnerinnen und Einwohner von Lenzburg brauchen wir eine funktionierende Wasserversorgung mit einem vernünftigen Wasserpreis. Die letzte Einwohnerratsvorlage betreffend Wasserpreis zeigte deutlich auf, dass nicht jedes Finanzierungsmodell akzeptiert wird. Fehler aus der Vergangenheit, wie zu tiefe Anschlussgebühren (umliegende Gemeinden haben deutlich höhere Ansätze), dürfen nicht einfach den nächsten Generationen

übertragen werden. Die SVP/BDP-Fraktion fordert den Stadtrat eindringlich auf, rechtzeitig bei den entsprechenden Stellen den nötigen Einfluss geltend zu machen und den Einwohnerrat periodisch darüber zu informieren. Es ist uns bewusst, dass die SWL Wasser AG für die Investitionen zuständig ist und der Einwohnerrat nur über die Höhe des Wasserpreises befinden kann. Gerade deshalb wäre es für uns wünschenswert gewesen, wenn der Stadtrat ausgeführt hätte, welche Vorteile das Projekt Vision Wasser 2035 für unsere Einwohner bringt. Wir gehen davon aus, dass es irgendwelche Vorteile haben muss, oder wird uns da etwas verschwiegen? Vorläufig noch die letzte Frage an den Stadtrat: Wer entscheidet letztendlich über die Realisierung der Vision Wasser 2035? Danke.

Stadtrat Martin Steinmann: Man weiss zu diesem Zeitpunkt noch nicht viel mehr. Ich bitte Sie, die Sitzung vom 22. Juni 2017 abzuwarten, da das Konzept dort aufgezeigt wird. Bevor die Grundlagen nicht vorhanden sind, kann die SWL Wasser AG auch nicht entscheiden, ob sie sich an diesem Projekt beteiligen wird. Zuerst muss bekannt sein, was wir bezahlen müssen, wenn die SWL Wasser AG Netzteile oder Pumpwerke einwerfen würde. Wie erwähnt, werde ich Sie informieren, sobald mehr bekannt ist. Sollte das Projekt Vision Wasser 2035 für uns zu Mehrkosten und einem höheren Wasserpreis führen, ist mir klar, dass wir dieses Vorhaben politisch nicht "durchbringen". Wir haben aber mindestens den Auftrag, visionär über den Tellerrand hinauszuschauen, wie es vielleicht in 20, 30 Jahren aussehen könnte.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Martin Steinmann. Wenn zu diesem Traktandum nicht mehr das Wort gewünscht wird, gehe ich zum Traktandum 10 der Tagesordnung über, nämlich zur Umfrage.

10 Umfrage

Betrieb in der Altstadt

Linda Kleiner (SP): In letzter Zeit konnten wir hören und lesen, dass in unserer Altstadt offenbar zu viel Betrieb herrscht. Die Kirchenglocken, der Grillstand und zum Schluss noch der Abend des Jugendfests wurden thematisiert. Ich muss ganz ehrlich sagen - und ich bin als Anwohnerin ja direkt betroffen - so schlimm ist es nicht. Ich erachte diese Entwicklung für bedauerlich. Ich spreche nicht nur für mich, wenn ich an dieser Stelle sage, dass ich es am Jugendfest genossen

habe, am Abend noch für einen Schwatz und ein Bier in der Rathausgasse zu sitzen. Das Jugendfest ist der schönste Tag im Lenzburger Jahr und ich verstehe nicht, dass man von den Anwohnern nicht ein gewisses Verständnis erwarten kann.

Stadträtin Dr. Heidi Berner: Der Zeitungsartikel hat offenbar ein Missverständnis ausgelöst. Wir wollen nicht, dass nach dem Feuerwerk gleich Schluss ist. Es soll weiterhin möglich sein, ein Bier zu trinken und zusammen zu schwatzen. Was wir jedoch in der Altstadt nicht wollen, ist laute Musik.

Ergänzung zu "Vision Wasser 2035" und Parkplatzsituation im KGV

Erich Renfer (SVP): Noch kurz zur Anfrage "Vision Wasser 2035": Die Frage ist für mich noch nicht beantwortet. Wir wollten eigentlich nur wissen, wer diese Vision am Ende bezahlt.

Ich bin eigentlich ans Rednerpult gekommen, da ich mich zum Mitwirkungsverfahren über den Kommunalen Gesamtplan Verkehr (KGV) äussern will. Wir Gewerbetreibende haben uns dafür eingesetzt, dass die Parkplatz- und Zufahrtssituation in der Stadt verbessert wird. Am 27. April 2017 wurde das Resultat der Öffentlichkeit präsentiert. Die Verbesserung der Parkplatzsituation ist darin jedoch nicht enthalten. Als Präsident des Gewerbevereins bekam ich einige E-Mails und wurde diesbezüglich auch persönlich angesprochen. Es kann doch nicht sein, dass man über die Situation der Läden in der Altstadt jammert, dass man dann die Öffentlichkeit mitwirken lässt, aber das was für diese essentiell ist, hinausstreicht. Ich bitte die Verantwortlichen, die Parkplatzsituation nochmals zu überdenken.

Stadtrat Martin Steinmann: Erich, ich bitte dich, mir deine Notizen zu geben. Wir werden dein Votum als Eingabe im Mitwirkungsverfahren erfassen. Die gleiche Frage haben wir von einem Apotheker erhalten.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Wenn nun keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zum Schluss.

Normalerweise ist es ja so, dass die Traktanden viel Zeit in Anspruch nehmen. Das war heute nicht der Fall. Nachdem die Geschäfte sehr gut vorbereitet waren, waren unsere Entscheide klar. Dank dem war dann Zeit genug, um auch noch die Anfragen ausführlich zu beantworten, was auch eine gute Sache ist.

Wenn ich das richtig sehe, findet am Wochenende der Stadtlauf statt.

Anmeldung zur Charity Stafette am Lenzburger Lauf

Beatrice Taubert (SP): Dies war mein Stichwort. Für die Charity-Stafette liegen erst einige Anmeldungen vor. Ich möchte Sie bitten, später beim Bier noch eine Mannschaft zusammen zu stellen und für einen guten Zweck (Cartons du Coeur) 900 m zu laufen. Wenn ich das schaffe, dann schaffen Sie es auch. Ich bitte Euch, darüber nachzudenken.

Schlusswort

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Beatrice Taubert. Wer das Gefühl hat, seiner Gesundheit etwas Gutes tun zu wollen, sollte unbedingt am Samstag laufen.

Heute entlasse ich Sie nun in einen, wie ich hoffe, wohlverdienten Feierabend. Die Zeit sollte immer noch reichen, um den restlichen Teil davon zu geniessen.

Die Sitzung ist geschlossen. (Applaus)

NAMENS DES EINWOHNERRATS

Die Präsidentin:

Der Protokollführer:

Abgabe / Zustellung an die Einwohnerräte:

7. September 2017

Zustellung an die übrigen Empfänger:

7. September 2017

2016-556